Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,25 M., ins Haus geliefert 3,55 M., durch die Post bezogen mit Abtrag 3,69 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pfg.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 35 Pfg., für Auswärtige 50 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 60 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Tr.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 97. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Donnerstag, den 21. August. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1919.

Gegen die Kapitalflucht.

Bestandsaufnahme und Notopfer.

Weimar, 17. August. Am 16. August ward von der Nationalversammlung das Gesetz über ergänzende Maßregeln gegen die Kapitalsabwanderung angenommen. Der neu eingefügte Paragraph 9a ermächtigt den Reichsfinanzminister, die umlaufenden Banknoten und Darlehnskassenscheine zum Zweck des Umtausches aufrufen und einziehen zu lassen. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen des Finanzministers sind mit Geldstrafen bis zu 100000 Mark und mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht.

Mit der Annahme des Paragraphen 9a ist eine Maßregel beschlossen, die vor mehreren Wochen vom Gericht angekündigt, dann in fast amtlicher Form als „technisch unmöglich" abgelehnt wurde. Erzberger erklärt diesen Widerspruch mit dem Vorkommen von Indiskretionen während der Ausarbeitung des Kapitalfluchtgesetzes. Es war denn auch nicht recht abzusehen, warum die Abstempelung der Noten und Kassenscheine „technisch unmöglich" sein sollte. Der Umtausch wird während seiner Dauer Unbequemlichkeiten im Zahlungsverkehr verursachen. Aber diese Unbequemlichkeiten müssen in Kauf genommen werden angesichts dessen, was man zu erreichen hofft: der Tilgung des gefälschten und der Hervorziehung des versteckten Geldes.

Die Menge des Falschgeldes, erklärt der Finanzminister, sei ungeheuer und rechtfertige allein schon die Maßregel des Umtausches. Man wird ihm das ohne weiteres glauben. Im übrigen gebietet dem Steuerradikalismus die Not: nur gleichsam mechanische Mittel können die Flucht vor den Ansprüchen des Staates aufhalten und die Lücke zwischen der Pflicht und dem guten Willen des Steuerzahlers ein wenig ausfüllen. Daß der Staat sich auf diesen Willen allein nicht verlassen darf, ist gewiß; heute mehr denn je, da Millionen Steuerungewohnter Abgaben leisten müssen, die ihnen als unsinnig erscheinen, da ein neuer Reichtum von nicht eben gediegenen bürgerlichen und geschäftlichen Eigenschaften seiner Träger entstand und da die allgemeine Auflösung der Ordnung und der Moral die Auffassung „Rette sich, wer kann!" in kaum zu überschätzendem Maße begünstigt.

Mit diesen seelischen Tatsachen muß man sich abfinden und Mittel suchen, die verhindern, daß die Ehrlichen die Steuern für die Kapitalflüchtlinge mitbezahlen müssen und die in der Heimat Verbliebenen bis zur Unerträglichkeit überlastet werden, weil Milliarden deutschen Vermögens den Weg ins Ausland fanden. Ein weiteres Mittel zur Sicherung des Steueraufkommens ist beim Einkommen die „Erfassung an der Quelle". Das bedeutet, daß der Arbeitgeber für Angestellte und Arbeiter die Einkommensteuer gleich vom Gehalt oder Lohn abziehen und an den Staat abführen muß. Die gesteigerten Löhne werden natürlich auch höhere Steuerpflichten mit sich bringen, und es ist insbesondere vom Wochenlöhner, der niemals gewohnt war, einen größeren Betrag für Steuern zurückzulegen, kaum zu verlangen, daß er seine Wirtschaftsweise entsprechend ändert. Beim Kapital ist das Mittel, neben der Auskunftspflicht der Banken, eben die Herausholung des baren Geldes.

Außerdem aber soll der Notenumtausch in kleinerem Maßstabe sein, was in größerem von der Vermögensabgabe erwartet wird: eine Bestandsaufnahme des deutschen Volksvermögens. Es wird sich durch den Umtausch über Verteilung und Wirkung der Papiergeldmengen, über tätiges, totes und versteckstes Kapital viel für die volkswirtschaftliche Erkenntnis Nützliches lernen lassen. Eine größere Öffentlichkeit dieser Wirtschaft, also ein erweitertes Aufsichtsrecht des Staats, gehört zu den Folgeerscheinungen unserer veränderten Lage. Das Kapitalfluchtgesetz ermächtigt denn auch, im gleichen Paragraphen 9a, den Finanzminister, Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Banken zu erlassen und Banken, „die keine Gewähr für Innehaltung dieser Vorschriften bieten", den Geschäftsbetrieb zu untersagen. Dieser Eingriff, der die Banken durchweg erlaubnispflichtig macht, ist außerordentlich tief.

So steht das Rüstzeug der Regierung aus, das sie sich gegen die Kapitalflucht geschmiedet hat, das sich aber letzten Endes gegen das deutsche Kapital an sich wendet, denn wir müssen uns darüber klar sein, daß die ganze, im Eilzugtempo fertiggestellte Steuergesetzgebung der Regierung Erzberger letzten Endes von einem stark kapitalfeindlichen Geiste durchweht ist, von dem man noch nicht weiß, ob er dem deutschen Volke überhaupt künftig noch den Wettbewerb mit seinen durchaus kapitalistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, insbesondere mit Amerika, England und Frankreich, gestatten wird. Mit dem Reichsnotopfer haben sich alle Parteien einverstanden erklärt in dem Bewußtsein, daß zur Tilgung der Reichsschulden von den Besitzenden ganz ungeheuerliche Opfer gebracht werden müssen. Aber werden diese Opfer dem deutschen Volke überhaupt zugute kommen? Es sind sofort Bedenken aufgetaucht, daß unsere Feinde, um ihre Entschädigungssummen möglichst rasch bezahlt zu erhalten, ihre Hand auf das Ergebnis des Reichsnotopfers legen werden. Herr Erzberger hat diese Möglichkeit bestritten, indem er erklärte, nach dem Friedensvertrage könne der Feind unter keinen Umständen auf irgendeine Einnahmequelle Deutschlands, also auch nicht auf das Reichsnotopfer, Beschlag legen. Der Staatsminister a. D. Dr. Friedberg hat daraufhin an Erzberger die öffentliche Aufforderung gerichtet, sich mit folgender Bestimmung des Friedensvertrages auseinanderzusetzen. In der Anlage 2 zum Artikel 233 § 12, Absatz b, heißt es wörtlich über die Befugnisse der Wiedergutmachungskommission:

In regelmäßiger Wiederkehr schätzt der Ausschuß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ab und prüft das deutsche Steuersystem, und zwar: 1. damit alle Einkünfte Deutschlands, damit der für den Zinsendienst und die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutmachungsschuld verwendet werden: 2. um die Gewißheit zu erlangen, daß das deutsche Steuersystem im allgemeinen im Verhältnis vollkommen ebenso schwer ist als dasjenige irgendeiner der im Ausschuß vertretenen Mächte.

Diese Bestimmungen lassen die Erklärung Erzbergers als sehr zweifelhaft erscheinen, zumal Dr. Friedberg, der die Frage aufwirft, ein alter Staatsrechtslehrer und Sachkenner ist. Das deutsche Volk hat ein Anrecht auf baldige Aufklärung.

Die allgemeine Wehrpflicht als Heeres-Organisation der Demokratie.

Die Bedeutung der Abrüstung für England und Deutschland.

Im Anschlusse an eine Erklärung Churchills im englischen Unterhause, daß in einem Jahre England und Deutschland die einzigen großen Nationen sein würden, die keine allgemeine Wehrpflicht haben, stellt Bernhard Rausch im „Vorwärts" dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, eine bedeutungsvolle Betrachtung darüber an, wie die Dinge eigentlich liegen, und kommt zu dem Schlusse, daß der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht für England eine Stärkung seiner Machtstellung bedeute, daß Deutschland aber eines Volksheeres auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht bedürfe. Er schreibt u. a.:

Das immer wiederholte und mit zäher Energie erreichte Kriegsziel unserer Gegner war die Vernichtung des preußischen Militarismus. Damit meinten sie nicht so sehr die Beseitigung eines rückständigen politischen Systems, als die endgültige Erledigung der militärischen Machtstellung Deutschlands in Europa. Das europäische Staatensystem beruhte seit jeher auf der traditionellen Ohnmacht der europäischen Mitte. Nach dem Kriege 1870/71 verlegte sich der militärische Schwerpunkt Europas jedoch immer mehr nach Deutschland, eine Tatsache, die während des Berliner Kongresses ihren glänzenden, aber für die Folge verhängnisvollen Ausdruck fand. Damals wurde die Grundlage für das französisch-russische Bündnis gelegt, das sich zu jener übermächtigen Koalition ausgewachsen hat, der Deutschland erliegen mußte.

Der Verband hat sein Ziel erreicht. Die gewaltigste Kriegsmaschinerie der Welt ist zerbrochen. Aber der brutale Gewaltfriede, den die Feinde uns aufgezwungen haben, beweist, worauf es ihnen ankam. Zwar geben die Verbandsmachthaber vor, daß es ganz in Ordnung sei, mit der Begrenzung der Rüstungen zuerst und allein bei Deutschland zu beginnen, weil dieses den Staaten Europas das ungeheure Anwachsen der Rüstungen aufgezwungen habe. Aber so sehr auch anerkannt werden soll, daß in dem alldeutschen Machtstreben eine ernste Bedrohung der Welt lag, so ist doch nunmehr nach dem innerpolitischen Umschwung und dem Sieg der Demokratie in Deutschland, ein Akt schnöder imperialistischer Vergewaltigung, Deutschland dauernd zur Ohnmacht zu verdammen und ihm die spezifische Heeresorganisation der Demokratie zu rauben, die allgemeine Wehrpflicht.

Hierbei von „Abrüstung" zu reden, ist nichts als elende Heuchelei, denn die erste Voraussetzung für eine wirkliche Abrüstung ist völlige Gegenseitigkeit. Aber die siegreichen Mächte denken gar nicht daran, auch bei sich abzurüsten. Frankreich und Amerika rüsten im Gegenteil munter auf. Und selbst wenn sie abrüsten wollten, so könnten sie es nicht. Denn solange die vom englisch-französisch-amerikanischen Weltkonzern im sogenannten Völkerbund aufgerichtete Weltordnung auf der Ausbeutung eines Teiles der Welt durch den andern beruht, solange Deutschland als Sklaven- und Arbeitsvolk gehalten werden soll, werden die Weltherrschaftsmächte ihre Waffen nicht ablegen und auf alle Abrüstungsbestrebungen pfeifen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß England jetzt weder zu dem Heeressystem zurückkehrt, das es vor dem Weltkriege gehabt hat. Der Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht bedeutet für England nicht auch einen Verzicht auf seine Weltstellung, wie für Deutschland, sondern gerade im Gegenteil eine Stärkung seiner Machtstellung, aus der es nur Vorteile ziehen wird. Die Grundlage der englischen Machtstellung in der Welt ist seine Flotte. Das Landheer diente ihm seit jeher in der Hauptsache zur Beherrschung seines gewaltigen Kolonialreiches. Und für lange überseeische Expeditionen eignen sich Söldnerheere am besten, sind Volksheere unbrauchbar. Außerdem bedeutet die Rückkehr zum Söldnerwesen eine gewisse Erleichterung der drückenden Rüstungslasten Englands und bewahrt es davor, noch tiefer in die Schuldknechtschaft von Amerika zu geraten.

Ganz anders ist aber die Lage Deutschlands. Wohl können wir auf eine Flotte verzichten, nicht aber auf eine Organisation der nationalen Verteidigung, die uns bei unserer gefährdeten Lage inmitten Europas einen sicheren Schutz unserer Grenzen gewährleistet. Das zuverlässigste und wirksamste Instrument zur Verteidigung des Landes ist aber allein ein Volksheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Die sich aus seiner Weltlage für Deutschland ergebende Notwendigkeit, ein starkes Heer der allgemeinen Wehrpflicht zu organisieren, hat Lloyd George vor dem Weltkriege durchaus anerkannt. Man hat es vielfach als merkwürdig bezeichnet, daß gerade das vormärzliche reaktionäre Preußen zuerst und lange allein in der allgemeinen Wehrpflicht die fortgeschrittenste Heeresverfassung besaß, die bekanntlich Engels im Jahre 1865 die einzige demokratische Einrichtung Preußens genannt hat. Aber gerade die Tatsache, daß sich trotz der Widerstände der Reaktion das Werk der Scharnhorst, Gneisenau und Boyen durchzusetzen und zu behaupten vermochte, beweist, wie sehr die allgemeine Wehrpflicht durch die Weltlage Deutschlands bedingt ist. So gewiß es ist, daß das Problem der Abrüstung nicht eher von der Bildfläche verschwinden wird, als bis es gelöst ist, so gewiß führt der von dem Verbande eingeschlagene Weg der willkürlichen Entwaffnung der von ihm beherrschten Mächte nicht zu diesem Ziel.

Vor dem Weltkriege erstrebte man möglichst große und schlagfertige stehende Heere, weil das militärische Denken vollkommen von den Grundsätzen der Niederwerfungsstrategie beherrscht war. Der aus ihr geflossene Offensivgeist hat, so sehr er Deutschland auch strahlende Einzelerfolge gebracht, im Weltkriege im ganzen doch versagt gegenüber der Ermattungsstrategie. Für ein System der reinen Verteidigung sind jedoch Volksmilizen die gegebenen Heeresformen, so daß in Zukunft der Einführung der Miliz in Deutschland strategische Bedenken nicht mehr entgegenstehen können.

Nicht in der willkürlichen Einführung kleiner Polizeitruppen sondern in der Verkürzung der aktiven Dienstzeit in dem Volksheere der allgemeinen Wehrpflicht, d. h. in der Einführung des Milizsystems, liegt die Verwirklichung der Abrüstung. Daneben sind gegenseitige Abmachungen der im Völkerbund vereinigten Mächte über eine weitgehende Beschränkung mechanischer Rüstungen erforderlich, denn die mit der Entwickelung der Technik schier unbegrenzt gewordenen Möglichkeiten der Kriegsindustrie würden die Völker nach wie vor wirtschaftlich zum Weißbluten bringen müssen, wenn sie sich nicht über den Umfang ihrer mechanischen Rüstungen verständigten.

Auf die Organisierung seiner Wehrkraft in einer nationalen Miliz wird Deutschland dauernd nicht verzichten können. Nachdem das alte Heer zertrümmert war, ein Staat aber ohne eine reale Machtgrundlage nicht existieren kann, ergab sich die Zusammenstellung von Söldnertruppen naturnotwendig aus der entstandenen Situation. Dieses Söldnerwesen kann in Deutschland aber nur eine Uebergangsform sein. Es ist selbstverständlich, daß wir wie alle Friedensbedingungen, so auch die über unser Heerwesen loyal und gewissenhaft erfüllen wollen. Aber ebenso selbstverständlich ist es auch, daß wir dabei nicht die deutsche Zukunft aus dem Auge verlieren dürfen. Diese ist aber nur gesichert, wenn das Werk Scharnhorsts fortgesetzt wird und auf einer höheren Stufenleiter ein Volksheer entsteht, nicht zur Bedrohung der Welt, sondern zum Schutze der deutschen Kultur und unserer Zukunft.

*

So weit die Ausführungen des „Vorwärts". Die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht für Deutschland im Hinblick auf dessen stetig schwer bedrohte geographische Lage kann nicht besser hervorgehoben werden, als es in dem Aufsatz des Zentral-Organs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands geschieht.

Ein Appell an die Vernunft.

Gleiwitz, 18. August. Der Staatskommissar hat folgenden Aufruf erlassen:

An die Bevölkerung von Oberschlesien!

Seit mehreren Monaten versuchen Unabhängige, Spartakisten und von den Polen bezahlte Subjekte Ruhe und Ordnung zu stören. Ruhige Arbeiter werden an der Arbeit behindert, Frauen und Kinder leiden bittere Not. Unter den nichtigsten Vorwänden, mit Lug und Trug, werden Streiks, zu Generalstreiks inszeniert. Infolgedessen herrscht im Lande die bitterste Kohlennot. Fabriken müssen stillgelegt werden, zahllose Arbeiter müssen feiern, haben keinen Verdienst, es kann kein Essen mehr gekocht werden. Die Notstandsarbeiten liegen still, es besteht die größte Gefahr, daß in wenigen Tagen die Lebensmittelzufuhr unmöglich wird. All diesem Wahnsinn, diesen Verbrechen konnte ich nicht länger zusehen, besonders nicht, als Sonntag und Montag der bewaffnete Aufstand mit Plünderungen einsetzte. Es mußte daher das Standrecht verkündet, das Streikrecht aufgehoben, die Arbeitsaufnahme angeordnet werden. Ich ersuche alle vernünftigen Arbeiter, sofort die Arbeit aufzunehmen, für Ruhe und Ordnung einzutreten, damit es nicht zu schweren Strafen, die aus dem Standrecht folgen, kommt. Das Standrecht wird verschwinden, sobald Ruhe und Ordnung eingetreten ist.

Arbeiter! Bürger! Ich rechne auf die Vernunft und Hilfe aller, die in geordneten Zuständen leben wollen, und die unschuldige Menschheit durch den Streikwahnsinn und die Unruhen nicht länger quälen wollen.

Hörsing,
Reichs- u. Staatskommissar für Schlesien und Westpreußen.

Der Aufstand in Oberschlesien.

Bauer über die Lage in Oberschlesien.

WTB. Weimar, 19. August. Am Schluß der heutigen Vormittagssitzung der Nationalversammlung gab der Ministerpräsident beifolgende Erklärung ab:

Während in Berlin zwischen Preußen und Polen über eine friedlich-schiedliche Nachbarschaft verhandelt wird, haben in Oberschlesien polnische Agitatoren einen gewaltsamen bewaffneten Aufstand herbeizuführen versucht. Es sind die verschiedensten Nachrichten, die beunruhigende Berichte über den Stand der Dinge in Oberschlesien verbreiten, zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß diese Nachrichten wesentlich übertrieben sind, und daß es wesentlich besser steht, als man nach diesen alarmierenden Nachrichten annehmen sollte. Es ist um 12 Uhr mittags die Mitteilung eingegangen, daß das Generalkommando Herr der Lage ist. Wo polnische Bewaffnete eingedrungen sind, sind sie zurückgetrieben oder festgenommen worden. Nur im Gebiet östlich der Linie Beuthen—Tarnowitz halten sich noch polnische Bewaffnete auf, die noch nicht gefaßt worden sind. Reguläre polnische Truppen sind auf deutschem Boden nicht angetroffen worden. Nach Meldungen des Generalkommandos trifft auch die Meldung von der Besetzung von Myslowitz nicht zu. Die Befürchtungen, die gehegt wurden, sind also nicht berechtigt. Wir sind militärisch stark genug, um dieser Lutsche Herr zu werden. Es gibt eben Nationalpolen in Oberschlesien, die fürchten, daß die Volksabstimmung zu ihren Ungunsten ausfällt und die deshalb unter allen Umständen jetzt schon feststehende Tatsachen schaffen wollen. Unsere Aufgabe wird es sein, solche Bestrebungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Friedensvertrag gemäß eine wirklich ungehinderte und unparteiische Entscheidung seitens Oberschlesiens erfolgen kann. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, die oberschlesischen Schlesier vor solchen nationalpolnischen Angriffen zu schützen, und es gereicht mir zur Freude, feststellen zu können, daß die polnische Regierung diesen Dingen fern steht, und daß polnische Truppen sich nicht beteiligt haben. Ich glaube, daß diese Mitteilungen wesentlich dazu beitragen werden, beruhigend auch in Oberschlesien zu wirken. (Beifall.)

Einstellung des Personenverkehrs.

Wtb. Breslau, 19. August. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Nach den wiederholten Arbeitseinstellungen in den oberschlesischen Kohlengruben waren die Bestände der Eisenbahnverwaltung im Direktionsbezirk Breslau bereits seit geraumer Zeit derart herabgegangen, daß der Zugverkehr nur in beschränktem Umfange aufrecht erhalten werden konnte und schon zum 15., 21., 24. d. Mts. eine erhebliche weitere Einschränkung angeordnet werden mußte.

Da die Zufuhr von Kohlen aus Oberschlesien infolge des neuerlichen allgemeinen Streiks völlig aufgehört hat, ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Eisenbahndirektion Breslau sich gezwungen sehen wird, den Personenverkehr für ihren Bereich von Freitag, den 22. d. Mts. ab vorübergehend gänzlich einzustellen, um den Güterverkehr und vor allem die Beförderung der Lebensmittel aufrecht erhalten zu können.

Verwundete Kriegsgefangene aus England.

Rotterdam, 18. August. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" ist der Dampfer „St. Denis" mit 372 verwundeten deutschen kriegsgefangenen Offizieren und Mannschaften aus England in Rotterdam eingetroffen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgt im Lazarettzug.

Neutrale Intervention für die deutschen Kriegsgefangenen.

Basel, 18. August. Die „Times" melden, daß zwei neutrale Regierungen am 11. August Schritte bei der englischen Regierung unternommen haben zwecks der baldigen Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen.

Kein Schnellzugverkehr in Deutsch-Oesterreich.

Wien. Wegen Steinkohlennot ist der gesamte Schnellzugverkehr auf den deutsch-österreichischen Staatsbahnen eingestellt.

Die polnische Verschwörung.

Berlin, 19. August. Ueber den polnischen Aufruhr verlautet von militärischer Seite speziell über die gestrigen Kämpfe in Oberschlesien noch folgendes:

Die Lage besserte sich im Laufe des Tages für die deutschen Truppen ganz erheblich. Von besonderem Einfluß auf die Haltung gewisser deutschfeindlicher Elemente war die Verhängung des Standrechtes für Oberschlesien, die gestern vormittag erfolgte. Die Wirkung war bald zu bemerken. Zahlreiche dunkle Elemente, die an den Vortagen sich an den Ausschreitungen beteiligten, wurden dadurch eingeschüchtert. Einen vorübergehenden Erfolg errangen die polnischen Banden in der Gegend von Kattowitz und Myslowitz. Sie besetzten dort einige Gruben und hißten die polnische Flagge und erklärten die Gruben für polnisches Nationaleigentum. Die anmarschierenden deutschen Truppen werden sie, wie versichert wird, bald verjagen. Unter den Banden befinden sich nachgewiesenermaßen zahlreiche polnische Legionäre in Zivilkleidung.

Beuthen, 19. August. Die Lage im Abschnitt B., Kattowitz, Kreiß sich so dar, daß der Herd des Aufstandes auf Schoppinitz, Janow und Nikischacht beschränkt ist. Kattowitz mit seinen Vororten ist gänzlich ruhig, auch Myslowitz, wohin sich kleine Grenzpostierungen gezogen hatten, war den gestrigen Tag über nach der Schießerei der vergangenen Nacht im allgemeinen ruhig und fest in der Hand der Reichswehrtruppen Nr. 64. Den Aufrührern gelang es, vereinzelte kleine Trupps, die in Ortschaften eingeschlossen waren, nach langem, anhauernden Feuergefecht infolge Munitionsmangels zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Auch wurden während der Nacht Postierungen mehrfach verwendet, so der Kompagnieführer der eingesetzten Pionierkompagnie, der auf dem Wege nach Juillien einem Hinterhalt zum Opfer fiel. Die Erbitterung der Truppen, die ihre oberschlesische Heimat verteidigen, kennt den hinterlistigen Feinden gegenüber keine Grenzen. Die eingesetzten Truppen führten ein stundenlanges Feuergefecht mit größter Heftigkeit. Leider sind auf unserer Seite Verluste an Offizieren und Mannschaften eingetreten, doch dürften die Verluste des Gegners erheblich höher sein. Mit Hilfe der eingetroffenen Verstärkungen kann mit Sicherheit darauf gerechnet werden, daß die Ruhe im Abschnitt B. im Laufe des heutigen Tages wieder hergestellt wird.

Alle Gruben militärisch besetzt.

Berlin, 19. August. Seit gestern früh 4 Uhr sind alle Gruben militärisch besetzt, um Sabotage zu verhindern. Die Nachricht von dem Eingreifen polnischer regulärer Truppen bestätigt sich. Bei Neuberun sind 100 polnische Legionäre über die Grenze gegangen und haben sich mit den Insurgenten vereinigt. Dem Generalkommando des 6. Armeekorps weiter vorliegende Nachrichten lassen erkennen, daß die Mitwirkung weiterer polnischer regulärer Truppen, und zwar vor allem Hallertruppen, vorgesehen war oder noch ist.

Das Betriebsrätegesetz.

Berlin, 19. August. Nach einem Weimarer Telegramm der „Deutschen Allg. Ztg." ist das Betriebsrätegesetz der Nationalversammlung bis zur Stunde noch nicht zugegangen. Trotzdem hegt die Regierung den Wunsch, daß der Entwurf wenigstens noch in erster Lesung verabschiedet werden soll, um dem Ausschuß, der nach der ersten Lesung mit der Vorbereitung des Entwurfes betraut wird, die Möglichkeit zu geben, diese Vorbereitungen während der Pause bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments möglichst zu erledigen. Es ist beabsichtigt, die erste Lesung des Entwurfs auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung zu stellen. Es müßte dann die erste Lesung allerdings ziemlich beschleunigt werden, da nach dem Plan das Parlament schon am Mittwoch auseinandergehen soll. Ob das gelingen wird, steht dahin. Bei der Geschäftsmüdigkeit des Hauses wird es kaum möglich sein, ein irgendwie verhandlungsfähiges Haus noch über den Mittwoch hinaus zusammenzuhalten. Andererseits wird die Opposition es keineswegs zulassen, daß die erste Lesung des Entwurfes ohne gründliche Aussprache erfolgt.

— Regierung und Kriegsgefangenenfrage. Von zuständiger Stelle wird den Politischen Parlamentarischen Nachrichten mitgeteilt: In der gesamten Bevölkerung einiger deutscher Städte, insbesondere in Münster, sind in den letzten Tagen starke Unruhen wegen Auslieferung der Kriegsgefangenen entstanden, die von verschiedenen Elementen dazu benutzt werden, um gegen die Regierung Stimmung zu machen, da sie daran Schuld trage, daß die Gefangenen nicht nach Deutschland zurückkehren könnten. Es ist schon wiederholt betont worden, daß die Regierung alles versucht hat und noch versucht, um den in Gefangenschaft leidenden Volksgenossen die Heimreise zu ermöglichen. Wenn dies bisher nicht gelungen ist, so trifft keineswegs die Regierung die Schuld daran, sondern das muß immer wieder gesagt werden, die Machthaber des Verbandes, insbesondere den Obersten Rat der Verbündeten, der, wie die englischen Blätter selbst zugestehen, die Ermächtigung nicht erteilt hat, mit der Heimsendung der kriegsgefangenen Deutschen zu beginnen. Es wird zweifellos weiter von der deutschen Regierung alles versucht werden, dem Wunsche und dem Verlangen des gesamten deutschen Volkes, unsere Gefangenen möglichst bald in die Heimat zurückzubekommen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Nachdruck zu verleihen.

Politische Rundschau.

Berlin, 20. August. Die Meldungen, die gestern abend aus Oberschlesien hier einliefen, gestatten der „Voss. Ztg." zufolge den Schluß, daß die Krise, wenigstens soweit die Kämpfe mit den Banden der polnischen Aufständischen in Frage kommen, überwunden sei. Die Verhängung des Belagerungszustandes in einigen Bezirken habe auf die Spartakisten abschreckend gewirkt. Auch in der Streikbewegung sei ein Abflauen wahrnehmbar. In der Arbeiterschaft mache sich zweifellos ein Umschwung der Stimmung bemerkbar, der auf das Wachsen der Erkenntnis zurückzuführen sei, daß der Streik nur den politischen Insurgenten willkommen gewesen sei.

— Eine Nachricht, daß intralliierte Truppen nach Oberschlesien geschickt werden sollten, wird als nicht wahr bezeichnet. Hingegen sei sehr wahrscheinlich, daß eine militärische Abordnung der Alliierten nach Oberschlesien gehen werde um den Kampf zwischen Spartakisten, Polen und Deutschen, durch das die Kohlenkrise sehr verstärkt werde, beizulegen.

— Wie dem Tageblatt aus Leipzig berichtet wird, hat sich der dortige Rat infolge Aufhörens der Kohlenzufuhr aus Oberschlesien zu einer weiteren Verschärfung der schon äußerst strengen Gassperre genötigt gesehen.

— Wie die „Germania" mitteilt, ist noch kein Beschluß darüber gefaßt worden, wo und wann der Zentrumsparteitag stattfinden soll. Es sei völlig ausgeschlossen, daß er bereits in der ersten Hälfte des Oktober stattfinden könne.

— Die Frage der Möglichkeit des Wiedereintritts der Demokraten in das Kabinett wurde laut „Tageblatt" einstweilen vertagt. Man dürfte aber annehmen, daß Mitte September vor dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung in Berlin die Angelegenheit geklärt werde.

Wtb. Versailles, 19. August. Der Oberste Rat hat heute nachmittag eine Sitzung unter Vorsitz Pichons abgehalten, ebenso die Kommission für das Baltikum, für Teschen und die adriatischen Fragen. Die Kommission für die Beantwortung der österreichischen Gegenvorschläge hat heute vormittag getagt. Sie setzt sich zusammen aus Jules Cambon als Präsidenten, Headlam Morley für Groß-Britanien, Wobsley für die Vereinigten Staaten, Sanutelli für Italien und Akato für Japan. Man hofft Anfang nächster Woche den Osterreichern die Antwort überreichen zu können, die diese nach Ablauf einiger Tage anzunehmen haben.

— Wie der „Vossischen Zeitung" aus Rom berichtet wird, sandte das Postministerium am 18. abends ein Telegramm an das italienische Postministerium, in dem es ankündigte, daß der direkte Dienst auf der Linie Berlin—Mailand wieder aufgenommen sei.

— Die preußische Staatsregierung beschloß, wie berichtet wird, auf Veranlassung des Kultusministers den Generaldirektor der Staatsarchive Geheimrat Kehr nach Rom zu entsenden, um die Verhältnisse bei den deutschwissenschaftlichen Instituten in Italien zu prüfen.

— Ein Groß-Feuer, daß in später Nachtstunde im Norden Berlins auf dem Holzplatze von Karl Hohr, Schwedenstraße herauskam, dehnte sich rasch über den ganzen Lagerplatz aus. Die herbeigeeilte Feuerwehr vermochte es nicht, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Auch angrenzende Bauten wurden mitergriffen. Kurz vor Mitternacht waren über 100 Fahrzeuge der Feuerwehr zur Stelle. Es wurde aus 25 Schläuchen Wasser gegeben.

— In der „Allgem. Ztg." wird festgestellt, daß der Kaiser bereit war, den Waffenstillstand sofort abzuschließen, ohne in Verhandlungen den Versuch zu machen, eine Erleichterung der Bedingungen zu erreichen. In den Verhandlungen unter Führung Erzbergers sei bis zum letzten Augenblick alles versucht worden, um zu einer Milderung von Bedingungen zu gelangen. Vielleicht würden die politischen Gegner Erzbergers wenigstens in Bezug auf den Waffenstillstand ihre maßlosen Angriffe einstellen.

Der Streik und die Polen.

Ein in Beuthen ansässiger deutscher Kaufmann meldet von der schlesisch-polnischen Grenze:

Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Amerikaner zur Besetzung Oberschlesiens kommen, sonst findet die vom Verbande gnädigst gewährte Volksabstimmung nicht statt, sondern die Polen stellen die Welt durch Putsch, Staatsstreich und Gewalttat vor vollendete Tatsachen. Die Amerikaner werden sich den Schaden, zu dem sie verspätet ankommen, achselzuckend besehen und dann wieder abrücken. Sie verstehen ja doch nichts von diesen Dingen. Die Polen haben eben nicht abwarten können. Basta!

Die Polen arbeiten hier im Winkel seit Wochen mit einem Eifer, von dem man sich im Reiche, wo man wieder andere Sorgen hat, wohl kaum die richtige Vorstellung macht. Ueberall sind rotweiße Schleifen und weiße Adler zu sehen. Auf dem platten Lande fühlt sich die großpolnische Agitation bereits als Sieger, besonders in den Bezirken des Großgrund- und Latifundienbesitzes. Bei den besitzlosen Landarbeitern und armseligen Häuslern mit ungenügender Landausstattung mußte ja auch die mit faustdicken Lügen arbeitende Agitation gegen die „Magnatenwirtschaft" auf fruchtbaren Boden fallen. Jedem Landarbeiter wird Land, mindestens 1 Kuh und ein paar Schweine in Aussicht gestellt. Dabei ist Polen eines der viehärmsten Länder. Wo soll dann der Ueberfluß herkommen? Das traurigste ist, daß sich auch ein Teil der Bürgerschaft Oberschlesiens, und namentlich der Industrie, bereits mit dem Gedanken einer Abtrennung abfindet und ohne Scham und Scheu Verbindungen mit den Polen sucht. Nicht weniger traurig ist es, anzusehen, wie hunderte, ja tausende von deutschen Heimatgenossen vorzeitig die Flucht ergreifen, statt bei der Abstimmung ihren Mann zu stellen. Es ist, als habe der Krieg und der Zusammenbruch jedes politische Gefühl bei den Deutschen erstickt, während die Polen frech und gesund mit ihren politischen Trieben obenauf sind.

Wie spitzten die Polen die Ohren, als jetzt der neue Kohlenarbeiterstreik ausbrach. Sie benehmen sich so, daß man den Verdacht nicht los wird, hier arbeiten Streikleitung und polnisches Agitationskomitee in die Hände. Woher hatten die Kutscher auf einmal die Waffen? Wie kamen die Vorposten der Hallerschen Truppen so leicht über die deutsche Grenze herein? Es ist doch kein Zufall, daß die Bergarbeiter, die behaupteten, rein wirtschaftliche Interessen zu verfechten, plötzlich die Forderung aufstellten, der Belagerungszustand müßte aufgehoben und die polnische Grenze geöffnet werden? Es zeigt sich auch immer deutlicher, daß die Putschversuche nicht von einzelnen radikalen Ortsgruppen ausgehen, sondern einem großzügigen Plan entsprangen, einem wohldurchdachten Befehle von „Drüben" folgten. Reichskommissar Hörsing und der Kommandierende General haben von diesem großen Aufstandsplan offenbar frühzeitig Kenntnis erhalten. Man hat ja im Weltkriege gelernt, nicht nur gerüstet zu sein und zu kämpfen, sondern auch genau auszuforschen, was der Gegner eigentlich vor hat, wo und in welcher Stärke er losbrechen will. Darum hat man alles aufgeboten, was bei der jetzigen militärischen Verfassung möglich ist, um einerseits dem Bergarbeiterstreik durch Arbeitszwang und Freiwilligen-Hilfe die Giftzähne auszubrechen, — das Versaufen der Gruben in Antonienhütte wurde verhütet, in Laurahütte, im Rybniker Revier wurden der Eisenbahnverkehr, die Licht- und Kraftlieferungen wieder in Gang gebracht —, andererseits sind die deutschen Behörden bemüht, den Zusammenhang, sagen wir es ganz offen: Die Verschwörung der Streiker mit den Hallertruppen, aufzudecken und so dem Verbande, der immer nur die Polen in Schutz nehmen will, unanfechtbare Dokumente zu liefern.

Die militärische Gefahr, d. h der Einbruch der regulären polnischen Truppen ist ja, wie es scheint, so gut wie gebannt. Aber Oberschlesien befindet sich zweifellos in höchster politischer Not. Am besten wäre es, man ließe jetzt bei der Abstimmungspropaganda die Posener Flüchtlinge als Redner auftreten. Die können was erzählen! Die können vor allem den polnischen Agitatoren Auge in Auge gegenübertreten, weil diese ja auch fast alle aus Polen kamen und unseren sogenannten Polen das Blaue vom Himmel vorlügen. Der großpolnische Gedanke

konnte auf oberschlesischem Boden von selbst nicht entstehen. Nicht allein, weil Oberschlesien seit 600 Jahren zu Deutschland gehört, sondern weil der oberschlesische Pole in Wirklichkeit kein richtiger Pole ist, weil er ein Mischling durcheinandergeratener und gekreuzter Generationen von Polen Deutschen, z. T. auch von Tschechen ist. Aber die geschickte Verhetzung und der Zusammenbruch Deutschlands haben das Wunder bewirkt: Polen und Wasserpolacken verstehen sich. Und vom Deutschen, der zur Wahlurne der Volksabstimmung schreitet, muß man mit Sorge sagen: Michel, Michel, du gehst einen schweren Gang!

Geheimnisvolle Vorgänge in Rußland.

Die Nachrichten, die von Rußland herüberkommen, werden immer verworrener und widersprechender. Je nachdem, ob sie von den Bolschewisten oder deren Gegnern ausgestreut werden, wissen sie von neuer Festigung der bolschewistischen Regierung von Niederlagen der Gegenrevolutionäre und Siegen der roten Truppen auf allen Fronten zu erzählen, während man im gegenteiligen Falle von Aufständen im Innern Sowjetrußlands und von allmählicher Auflösung der Moskauer Truppen erfährt. Es ist außerordentlich schwer, hier klar zu sehen. Auch den Flüchtlingen muß man mit Mißtrauen begegnen, da ihre Berichte in vielen Fällen gewaltige Uebertreibungen enthalten. Durch Sammeln von Nachrichten, gleichgültig, welcher Seite sie auch entstammen mögen, muß man versuchen, ein halbwegs den Tatsachen entsprechendes Material zusammenzubekommen, indem man immer die Tatsachen als wahr annimmt, die immer wieder in chronologischer Reihenfolge selbst von gegnerischer Seite vorgebracht wurden. Dadurch und infolge von ganz besonders in letzter Zeit eingetroffenen Meldungen kann man wohl mit Recht vermuten, daß sich im gegenwärtigen Rußland Vorgänge abspielen, die berechtigt sind, das Interesse der gesamten Kulturwelt auf sich zu ziehen.

Die Diktatur Lenins beruhte von vornherein nur auf militärischer Macht. Es mag auch in den Reihen der Arbeiter in den Industrieräumen nicht an solchen gefehlt haben, die in dem maximalistischen Programm die Möglichkeit der Aufstellung eines Paradieses auf Erden erblickten. Der Bauer hingegen war von vornherein ein erklärter Feind derer, die mit einem Mal an der Spitze der russischen Politik standen. Die Aufteilung des Landbesitzes mußte für den Augenblick natürlich sympathisch wirken. Als aber die russischen Bauern erkannten, daß sie nicht imstande waren, mit den geringen ihnen zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln plötzlich so weite Landstrecken zu bebauen, legte sich die Begeisterung gar rasch. Infolge der Unsicherheit und der Raubzüge der Rotgardisten, die auch den kleinen Mann nicht schonten, wurde der Landmann noch dessen beraubt, was er vor der Revolution besaß. Inzwischen stieg bekanntlich die Lebensmittelnot und Teuerung in den Großstädten immer mehr. Die Währung war auf ein Mindestmaß herabgesunken, und mit der Neuordnung der Produktion erlebte die bolschewistische Diktatur dasselbe Fiasko wie mit dem planlosen Pressen von neuen Banknoten und der Verteilung von Nahrungsmitteln.

Aber auf den Trümmern der vorrevolutionären Wirtschaft erhob sich immer protzender die Diktatur einer Lumpendemokratie, eines Beamtentums, das sich aus den unsaubersten Elementen des ehemaligen Zarenreiches zusammensetzte, und des roten Militärs. Diese drei „Stände" waren die verhältschelten „Proletarier" Lenins. Sie waren die Einzigen, die die anarchistische Regierung stützten und aus rein egoistischen Interessen ihr zugetan waren. Der Soldat war gut verpflegt, bekam Geld in Hülle und Fülle und schlug sich deshalb zur Zufriedenheit der Moskauer Diktatoren. Darum sieht man auch, wie die gegenrevolutionären Truppen, wie auch die des Verbandes in den weiten Steppen des ehemaligen Zarenreiches so manche Niederlage erleiden und oft Schritt für Schritt vor den roten Truppen zurückweichen müssen. Daher kommt es auch, daß kommunistische Kreise in der ganzen Welt noch immer nicht an einen völligen Zusammenbruch des russischen Bolschewismus in allernächster Zeit glauben. Man hat scheinbar durch den Weltkrieg noch nicht gelernt und glaubt immer noch, daß militärische Siege allein die schließliche Entscheidung bringen. Gerade während Koltschak und Denikin vor den organisierten Moskauer Banden zurückweichen, müssen die Rotgardisten im Innern Sowjetrußlands auf das Volk schießen. Der Sturm bricht in den Städten allmählich los. An der inneren Front schlagen sich jedoch die Leninschen Truppen nicht so wie an den Grenzen des Reiches. Dutzendweise laufen sie heute bei den Straßenkämpfen über. In Moskau gehen Dinge vor sich, von denen Sein oder Nichtsein des politischen Wahngebildes, das sich Bolschewismus nennt, abhängen.

Heute kämpfen die russischen Maximalisten den letzten entscheidenden Kampf gegen dasselbe Proletariat, für dessen Wohl und Wehe sie einst ihre Schreckensherrschaft aufrichteten. Der Ausgang dieses Kampfes kann nicht zweifelhaft sein. Während der sechszackige Blechstern Moskaus in Ost und West, in Nord und Süd vorwärts getragen wird, bricht im Innern das kommunistische Kartenhaus zusammen und begräbt unter seinen Trümmern endgültig den Fiebertraum politisch unzurechnungsfähiger Schwärmer.

Lokales.

?? Namslau, 20. August. (Gautag.) Im Stadtverordneten-Sitzungssaale zu Breslau hielt die Ortsgruppe von Schlesien und Posen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen kürzlich ihren ersten Gautag ab. Die Tagung war von 33 Orten mit 56 Delegierten besucht; auch der Bundesvorstand Berlin hatte einen Vertreter entsandt. In längerer Ausführung legte zunächst Gausekretär Kalisse—Brieg dar, warum sich die Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen organisierten. Die Notwendigkeit, sich zu einem besonderen Bunde zusammenzuschließen, sei durch die gemeinsame wirtschaftliche Lage geschehen. Der Reichsbund, der die organisatorische Tätigkeit übernahm, hatte bald erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Seine Mitgliederzahl beträgt bereits mehr als 300000. Auf wirtschaftlichem Gebiete hat der Bund bedeutende Erleichterungen für die Kameraden und Kameradenfrauen erreicht. Bald nach seiner Gründung verlangte er Schaffung einer einheitlichen Versorgung, Beseitigung von Sonderrenten für Offiziere, denn die Renten seien nicht dem Dienstgrad, sondern den wirtschaftlichen Schäden anzupassen. Auch beim Anbrechen der neuen Zeit stellte der Reichsbund für seine Mitglieder sofort Forderungen, die von der alten Regierung nicht anerkannt wurden und nun zu manchen Zugeständnissen führten. — Weiter sprach u. a. Kamerad Beyer—Breslau über die Aufgabe der Ortsgruppen-Vorstände und darauf Kamerad Kalesse—Brieg über die Siedlungsfrage. Letztere ist eine Lebensfrage für die Kriegsbeschädigten. Sind sie es doch gerade, die bei ihrer Rückkehr oft kein eigenes Heim vorfinden. Da die Kriegsbeschädigten meistens mittellos sind, bildeten Rente und Verstümmelungszulage das Anlagekapital. Doch die Eigenheimfrage wird illusorisch, wenn der Ansiedler nicht in unmittelbarer Nähe eine Arbeitsgelegenheit hat. Dadurch besteht die Gefahr, daß die Krieger von in der Nähe wohnenden Unternehmern ausgebeutet werden. Das alles sind Momente, die nicht außer acht gelassen werden dürfen. Wo sich bereits Kameraden angesiedelt haben, ergeben sich auch manche andere Unannehmlichkeiten. So mußten Felder unbebaut liegen bleiben, da es an dem nötigen Vieh mangelte. Um allen diesen Mißständen abzuhelfen, wäre es empfehlenswert, diese Projekte selbst in die Hand zu nehmen durch Schaffung von Siedlungsgenossenschaften. Redner gab dann noch als Fachmann praktische Fingerzeige für neue Bauweisen wie Lehmbauten und Thermosbauten. Die wichtigste Aufgabe muß es sein, so schnell wie möglich ausreichende und geeignete Siedlungen in Angriff zu nehmen, damit die nicht nur in ihrer Gesundheit, sondern auch wirtschaftlich stark geschädigten Kriegsteilnehmer bald ein Heim ihr eigen nennen, wo sie sich auch wirklich wohl fühlen. — Als Gauvorsitzender wurde Kamerad Vogel—Breslau gewählt. Dann wurde beschlossen, den Sitz des Gauausschusses nach Oberschlesien zu verlegen und zwar nach Beuthen. Zum Vorsitzenden wurde Kamerad Cyrus—Beuthen gewählt. Zur Reichskonferenz wurde ebenfalls Herr Cyrus delegiert und zu dessen Stellvertreter Förster—Breslau bestimmt.

= (Breslauer Oktoberschau.) Die Vorarbeiten für die im Oktober d. Js. in Breslau stattfindenden großzügigen Veranstaltungen nehmen regsten Fortgang. Eingeleitet werden dieselben am 30. Sept. durch eine Aufführung der 9. Symphonie von Beethoven in der Jahrhunderthalle unter Leitung des Professors Dr. Dohrn. Am 1. Oktober findet eine Wiederholung dieser Aufführung für die Gewerkschaften statt. In Aussicht genommen sind auch Massenkonzerte der vereinigten schlesischen Sänger. Zum ersten Male wird hierbei der Arbeiter-Sängerbund mit dem mittelschlesischen Sängerbund und dem schlesischen Sängerbund auftreten. Des weiteren werden 3000 Kinder Breslauer Schulen sich zu einem Konzert vereinigen, wie auch Orgelkonzerte berühmter auswärtiger Künstler vorgesehen sind. — Die Katholiken dürfte es interessieren zu erfahren, daß gelegentlich der Oktoberschau in der Zeit vom 19. bis 21. Oktober ein Schlesischer Katholikentag stattfinden soll, im Anschluß an das 1200jährige Bonifatiusjubiläum. Als Redner sind in Aussicht genommen u. a. Generalsekretär Donders und Prälat Mausbach.

= (Von der Ernte.) Dank dem anhaltenden schönen Wetter sind Roggen und Gerste überall im hiesigen Kreise unter Dach und Fach. Bald wird dies auch vom Weizen und Hafer gesagt werden können.

Höhere Knabenschule Namslau.

Nach 12jähriger erfolgreicher Wirksamkeit in Genthin bei Magdeburg hat Herr Rektor Herrmann Hübner das Rektorat der höheren Knabenschule am 15. August übernommen. Demselben geht der Ruf eines tüchtigen und erfahrenen Schulmannes voraus, was schon daraus ersichtlich ist, daß in den letzten Jahren fast 60 seiner Schüler teils für Sekunda, teils für Prima ihr Ziel erreichten. Auch haben bereits einige Eltern Genthiner Schüler aus anderen Provinzen die Absicht geäußert, ihre Söhne nach Namslau zu überweisen, um sie auch weiterhin unter der bewährten Leitung unseres neuen Dirigenten zu wissen. Der Schule soll auch ein Kursus für Einjährigen-Prüfung und Primareife angegliedert werden. So wollen wir hoffen, daß es bald gelingen möge, unsere Schule zum Segen unserer Bürgerschaft zu neuer Blüte zu bringen. B.

Abbeförderung von Staatseigentum aus den abzutretenden Gebieten und sonstige Uebergangsmaßnahmen.

Die Frage, was an Staatseigentum in den abzutretenden Gebieten zurückzubleiben hat, beschäftigt an manchen Orten die Oeffentlichkeit. In allen Staats- und Reichsressorts besteht Einigkeit darüber, das Landesinventar, das zur ordnungsmäßigen Fortführung aller Zweige der Staats- und Reichsverwaltung nötig ist, den polnischen Behörden zurückzulassen. Im abzutretenden Gebiet befindet sich aber zur Zeit noch vielerlei bewegliches Staatseigentum, das nicht zum Inventar des abzutretenden Gebietes gehört, sondern dem Gebrauch deutsch bleibender Landesteile dienstbar ist oder dazu bestimmt war. Da z. B. von dem Bezirk der Eisenbahndirektion Bromberg, der bis vor die Tore von Berlin reicht, ein sehr bedeutender Teil nicht an Polen fällt, so muß selbstverständlich von dem in Bromberg lagernden, für den Gesamtbezirk bestimmten Material vieles rechtzeitig abbefördert werden, damit nicht nach Uebergabe des abzutretenden Gebietes an Polen und nach alsdann möglicherweise einsetzender Grenzsperre der Betrieb in dem deutsch bleibenden Teil des Eisenbahndirektionsbezirks mehr oder weniger zum Stillstand kommt oder lahmgelegt wird. Darauf ist es zurückzuführen, wenn zur Zeit Drucksachen, Telegrafenmaterialien, Fernsprecheinrichtungen u. dergl. mehr, die zur Verwendung in den deutsch bleibenden Teilen des Bezirks dienen sollen, abtransportiert werden. Außerdem befinden sich in dem abzutretenden Gebiet Einrichtungen, die über den Bezirk Bromberg hinaus für Eisenbahnzwecke bestimmt sind. Von solchen Einrichtungen sind beispielsweise zu nennen die Fahrkartendruckerei in Bromberg, die für 4 preußische Eisenbahndirektionsbezirke arbeitet und das Schwellenlager in Schulitz, wo die rohen Schwellen nach dem Rütger'schen Verfahren getränkt werden, um dann an irgend einer Bedarfsstelle im Preußischen Staatsbahnbereich verwendet zu werden. Auch hier müssen also noch fortgesetzt Abtransporte in das deutsche Gebiet erfolgen.

Ebenso befördert die hiesige Regierung, von der aus zur Zeit noch die deutsch bleibenden Gebiete der Regierungsbezirke Bromberg und Posen verwaltet werden, alle auf dieses Gebiet bezüglichen Spezialakten, sowie die zugehörigen Regale und Büroeinrichtungen nach Schneidemühl, damit nach der Uebergabe die Verwaltung der deutsch bleibenden Gebiete von dort oder von anderer Stelle aus fortgeführt werden kann. Eine ähnliche Auseinandersetzung zwischen dem polnisch werdenden und dem deutsch bleibenden Gebiet findet für die von der demnächstigen deutsch-polnischen Grenze durchschnittenen Kreise (Filehne, Kolmar, Meseritz, Fraustadt) statt.

Die Kasernen und Lazarette beabsichtigt die Heeresverwaltung in demjenigen Zustande der Belegungsfähigkeit und Benutzbarkeit den Polen zurück zu lassen, wie er den Verhältnissen vor Ausbruch des Krieges entsprach. Es ist anzunehmen, daß bei der Eile, mit der jetzt über die Frage der Zurücklassung oder des Abtransports von beweglichem Staatseigentum entschieden werden muß, manches im Lande zurückbleibt, das mit Recht hätte abbefördert werden können. Hierüber wird später eine Vereinbarung zu treffen sein. Ebenso kann es auch vorkommen, daß ausnahmsweise etwas abbefördert wird, was als Landesinventar hätte zurückbleiben müssen. Soweit sich dies nicht noch jetzt alsbald wieder gutmachen läßt, wird es möglich sein, demnächst durch die Verhandlungen zwischen dem preußischen und polnischen Staat einen Wiederausgleich herbeizuführen, der um so leichter möglich sein wird, als über alles Staatseigentum genaue Inventarien vorhanden sind, insbesondere auch über alles das sorgfältig Buch geführt wird, was zur Zeit abbefördert wird.

Die Lebensmittelversorgung der polnisch werdenden Teile der Provinz Posen erfolgt in gewohnter Weise von den Zentralstellen aus. An manchen Nahrungsmitteln, wie z. B. an Nährmitteln und Teigwaren ist der Bestand zur Zeit sogar größer als seit langer Zeit. Andererseits muß aber selbstverständlich das abzutretende Gebiet auch seinerseits zur Zeit noch in der bisherigen Weise zu der Versorgung Gesamtdeutschlands mit beitragen, da Rechte wie Pflichten bis zum Zeitpunkt der Abtretung unverändert fortbestehen. Die großen Getreidemühlen des Bezirks haben seit jeher in dem Riesenbetriebe der Reichsgetreidestelle gearbeitet, von dieser ihr Getreide überwiesen erhalten und die Mehlprodukte an die ihr angegebenen Adressen in ganz Deutschland versandt. Daran ändert sich naturgemäß einweilen nichts. Selbstverständlich bleibt aber die Ernährung des abzutretenden Gebiets in genau der gleichen Weise gesichert, als ob dasselbe auch fernerhin mit dem Deutschen Reiche verbunden bliebe.

Auch mit Kohlen und Rohstoffen aller Art werden die abzutretenden Gebiete gerade so wie bisher weiter versorgt. Wenn an einigen dieser Artikel, wie vor allem an Kohlen, Mangel besteht, so werden gleiche Klagen in ganz Deutschland laut.

Wenn endlich ein starker Abtransport geschnittener Hölzer auf der Bahn Bromberg-Schneidemühl zur Zeit zu beobachten ist, so liegt der Anlaß dazu in der seit Monaten bestehenden Sperre des Netze-Kanals, der stets sehr bedeutende Massen an Schnittmaterial abbeförderte. Nachdem die Bromberger Schneidemühlen längere Zeit auf die Wiedereröffnung gewartet hatten, trat schließlich eine Ueberfüllung ihrer Läger und eine gänzliche Ebbe an Barmitteln ein, da mangels Lieferung keine Gelder mehr eingingen. Um den Stillstand der Betriebe und die Entlassung großer Arbeitermassen zu verweiden, erbot sich schließlich die Eisenbahndirektion, die Abbeförderung des Holzes auszuführen, soweit Wagen irgend zur Verfügung gestellt werden konnten.

Oberschlesien, Polen und der Katholizismus. Eine zeitgemäße Untersuchung von Dr. Paul Nieborowski. Ladenpreis 4 Mk.

Das Buch wird, da die Volksabstimmung in Oberschlesien bevorsteht, sowohl vom Volk wie von den Politikern gelesen werden. Es behandelt historisch die Frage, wie Polen sich zur katholischen Kirche stellte in der Zeit, da es noch Macht hatte, moralstatistisch untersucht es, inwieweit die Moral in Polen und Galizien tiefer steht als in Oberschlesien. Dr. Nieborowski kommt nach diesen Untersuchungen zu dem zwingenden Schluß, daß der katholische Glaube wie die katholische Sittlichkeit einen schweren Schaden erleiden würden, wenn Oberschlesien an Polen fiele. Es wird auch die nationalpolnische Bewegung sowie die Polenpolitik Preußens in Oberschlesien behandelt. Das Buch schließt mit der Entwickelung, daß nur ein autonomer Freistaat Oberschlesien die richtige Lösung darstellt. Polen wie Deutsche, Katholiken wie Protestanten, Politiker und Geistliche wie Laien werden nach dem Buche greifen und es nicht nur lesen, sondern immer wieder zu Rate ziehen müssen. Uebersetzungen ins Polnische wie in die europäischen Hauptsprachen sind bereits in Arbeit, da das Buch sich auch an die päpstliche Kurie, wie an die katholischen Kreise der Entente-Völker wendet.

Vorrätig in der Optischen Buchhandlung.

Provinzielles.

Breslau. Eine von der Handelskammer eingesetzte Kommission beschloß einstimmig die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft für Verwertung von Heeresgut. — Die Polizei nahm einen polnischen Spion, Mitglied einer berüchtigten Verbrecherbande Oberschlesiens, fest. Der junge Mann war nach Breslau geschickt worden, zwecks Auskundschaftung bei den Kürassieren sich einstellen zu lassen. Er wurde aber krankheitshalber abgelehnt und bald darauf als Verbrecher entlarvt. —

Oels. Der neue Bürgermeister Dr. Schlitzberger hat die Dienstgeschäfte übernommen; er war bis jetzt zweiter Bürgermeister in Küstrin.

Brieg. Der 12½ Jahre alte Sohn des Geheimen Baurats Weisstein ist in der Oder an der Mühlinsel ertrunken. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werde. — Aus Schwermut sprang ein 29 Jahr altes Mädchen in die Oder und fand den gewünschten Tod.

Steinau a. O. Beim Hantieren mit einem Revolver hat sich der 13jährige Sohn des Brauereibesitzers Hänell erschossen.

Lüben. Von 178 Bewerbern wurde zum Bürgermeister hiesiger Stadt der Bürgermeister Feihl aus Bolkenhain gewählt. — Die Elektrisierung des hiesigen Kreises ist in die Wege geleitet. Der Strom wird vom Elektrizitätswerk Liegnitz abgegeben. —

Groß-Strehlitz. Bei einer Hochzeitsfeier in Dollna zog einer der Hochzeitsgäste einen Revolver hervor und gab auf den die Patrouille führenden Offizier einen Schuß ab, wodurch der ganz unbeteiligte Sohn des Gemeindevorstehers Jelittka durch einen Kopfschuß tödlich verletzt wurde.

Kattowitz. Der Oberaufseher Schora in Kochlowitz, der verdächtig ist, seine Ehefrau im Bette erschossen zu haben, wurde verhaftet. Er bestreitet vorläufig noch das Verbrechen.

Liegnitz. Als eine Tochter des Raupachstraße wohnhaften Oberleutnants a. D. von Motz in der Küche am Spirituskocher hantierte, explodierte dieser und im Augenblick war das Mädchen in eine Feuersäule verwandelt. Sie rannte auf die Straße, wo zwei Männer durch Einwickeln in ihre Mäntel die Flammen erstickten. Die Schwerverletzte wurde in das Kreiskrankenhaus gebracht, wo sie ihren Verletzungen erlegen ist.

Höhere Knabenschule Namslau.

Sprechstunden: Täglich ½3 bis 4 Uhr.

Rektor Hübner.

Am **Donnerstag, den 21. August** dürfen die Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr

bis 9 Uhr abends

geöffnet sein.

Der Kaufmännische Verein.

Die Schützengilde

feiert am **Sonntag, den 24. und Montag, den 25. d. Mts.** ihr diesjähriges

Königschießen

und ladet die geehrte Einwohnerschaft von Stadt und Land zu diesem ein.

Konzertbillets im Vorverkauf **80 Pfg.** bei Herren Heinzelmann u. Koschwitz. An der Kasse **1 M.**

Kath. Gesellenverein.

(Verein katholischer junger Männer aller Berufe.)

Versammlung

heut abend 7½ Uhr im Gasthaus „zum Kronprinzen".

Hierzu ladet ein **der Präses.**

Theater in Namslau.

Theatersaal Opitz (früher Scharf)

Freitag, den 22. August, abends 8 Uhr

Gastspiel des Herrn James Elsner,

ehem. Mitglied des Lobetheaters in Breslau.

Manolescu, der Meisterdieb.

Eine Diebeskomödie in 3 Teilen von Ludwig Huna.

!!!! Ein hochinteressanter Abend !!!!

Preise der Plätze im Vorverkauf, Zigarrengeschäft Mummert und Kaufmann Heilmann: Sperrsitz 2,50 M., I. Platz 1,75 M., II. Platz 1,25 M. An der Abendkasse 25 Pf. Aufschlag.

Die Pausen werden mit Musik ausgefüllt.

Alles Nähere durch die Zettel.

Hochachtend

die Direktion.

Reichthal, Gasthaus zur Eisenbahn.

Zu dem am **Sonntag, den 24. d. Mts.** stattfindenden

Sommernachts-Ball,

verbunden mit **Einweihung und großem Preiskegeln** ladet freundlichst ein **der Wirt.**

Georg Stannek.

Zu dem am **Sonntag, den 24. August** stattfindenden

Erntefest mit Tanzmusik

ladet ergebenst ein

Gastwirt Schlape, Hönigern.

Anfang 4 Uhr.

Zu dem am **Sonntag, den 24. August** stattfindenden

Tanz-Kränzchen

ladet freundlichst ein

Pietruska, Gastwirt

Herzberg.

Dem geehrten Publikum von Namslau und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein Baugeschäft wegen der Polengefahr von Kempen nach Namslau verlegt habe und bitte um gütigen Zuspruch. Uebernehme sämtliche Bauarbeiten mit und ohne Materiallieferung, nehme auch Bestellung auf Freiwaldauer Dondachziegel entgegen.

Bauunternehmer **W. Feige,**

Namslau, Dt. Vorstadt, Haselbachstr. 48.

Zu dem am **Sonntag, den 24. d. Mts.** stattfindenden

Erntefest

ladet freundlichst ein

Seidel, Damnig

Gastwirt.

Unsere Abonnements- und Tagespreise erhöhen wir von heut ab um

30 Prozent.

Die Mitglieder der Frisör-Innung Namslau.

Kleine Anzeigen

bitten wir zwecks Vereinfachung des Geschäftsbetriebes **bald** bei der Aufgabe zu bezahlen.

Die Geschäftsstelle des Namslauer Kreis- und Stadtblattes.

Empfehle in großer Auswahl:

Engl. Tüllgardinen im Stück und abgepaßt, **Scheibengardinen, Lambrequins, Steppdecken, Bettdecken, Tischdecken, Sophabezugstoffe, Ledertuche, Wachstuche, Linoleum-Läufer** in 65, 80, 85 u. 90 cm Breite.

Extra billiges Angebot.

Militär-Einheitsdecken, 150/200 cm groß, 2100 g schwer, Ausnahmepreis per Stück **16,75 Mk.**

Strohsäcke per Stück 6.— Mk.

Carl Spallek,

Telephon 246.

Hafer

kauft zu hohen Preisen

Arthur Heydemann,

Getreide- und Saatengeschäft.

Fahrräder mit Gummi

neue und gebrauchte, verkauft

Thienel, Namslau

im Rathaus.

Am **Sonntag, den 31. August, nachm. 3 Uhr,** verkaufe ich

1,8200 ha Ackerland.

(Dzillik). Käufer können sich melden bei

Frau Franziska Drobig,

Reichthal. Haus 29.

Ein gebrauchter, gut erhaltener

Getreidemäher

steht zum Verkauf. Besichtigung evtl. im Betriebe.

Gutsbesitzer Wilhelm Wotzorke

Windisch Marchwitz.

Jugendschriften

in großer Auswahl.

Opitz'sche Buchhandlg.

Angebot von Korbwaren.

Verkaufe zu mäßigen Preisen:

Alle Sorten landwirtschaftlicher und Obstkörbe, Spreu-, Zentner-, Kartoffelkörbe u. alle übrigen Sorten in guter Ausführung. Auch werden Körbe zum Ausbessern angenommen.

Franz Ledwa, Korbmachermeister

Kirchstr. 19.

Zuverl. Bodenarbeiter

gegen hohen Lohn zum sofortigen Antritt gesucht.

Arthur Heydemann,

Getreide- und Saatengeschäft.

Maurer u. Maurerlehrlinge

stellt sofort ein **C. Krickes Nachf.**

Urban & Nerlich,

Maurer- u. Zimmermeister.

Suche zum 1. Oktober ein ordentliches, ehrliches, nicht zu junges

Mädchen.

Frau Molkerei-Direktor Fischer.

Zu kaufen oder zu pachten gesucht.

Kleines Grundstück mit einigen Morgen Acker, Garten etc., worin kleine Gastwirtschaft od. Warenhandlung betrieben wird, gegen sofortige Kasse. Offerten mit näheren Angaben und Pre's unter **M. 39** Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Händler und Reisende

finden großen Verdienst durch den Verkauf eines täglich verlangten Massenartikels.

M. Mesecke, Brieg

Bezirk Breslau. Grüner Weg 4.

Arbeiteranzüge

blau, Jacke u. Hose, Stck. M. 15,

Damenhausschürzen

mit Latz u. Trägern, Stck. M. 12, 3 Stck. M. 33,

Kleiderschürzen

mit Aermeln, Stck. M. 17.50 3 Stck. M. 49.

Grossversandhaus Merkur,

Leipzig, Frankfurterstr. 6, Abt. Textilw. u. Zellstoffe.

Liegnitzer

neue saure Gurken

Zwiebeln, Kraut, Kürbis, Gemüse aller Art

liefert in Stückgut, Post- und Waggonladungen

Fa. W. Stroiny,

Gurkeneinlegerei, Rohkonserventfabrik, Gemüse-Großhandlung,

Liegnitz. Fernruf 2964.

Junge Schnittbohnen,

Pfd. 30 Pfg. empfiehlt dauernd

Maskos.

Frühkartoffel Kaiserkrone

Forsthof.

Ein guterhaltener

Kachel-Heizofen

zu verkaufen. **Haesler,** Ring 26.

1500 Mark

zu vergeben. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Brieftasche mit Inhalt

auf dem Viehmarkt verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzug. i. d. Exp. d. Bl.

---

1 Schuhmachergeselle

kann bald in Arbeit treten.

Fabian, Klosterstr. 27.

Haushälter

zur Ausspannung kann sofort antreten.

Hotel z. schwarzen Adler.

Suche p. bald od. später noch

1 Dienstmädchen

für Landwirtschaft, sowie **ein Mädchen** für die Küche.

Gutsbesitzer **Wilh. Wetzorke,**

Wd. Marchwitz.

---

2 Mädchen

gesucht, ehrl., ländl., über 16 J., für Küche und Haus, Ziegen, Gänse zu besorgen. Lohnanspr. u. Zeugnisabschr. einzus. an **Gräfin Gorek,** Sibyllenort.

Anständiges, zuverlässiges

Dienstmädchen

für 15. September gesucht. Gelegenheit zum Kochenlernen. Nähere Auskunft erteilt

Frau Clara Haselbach.

Wohnungsangebot!

2fenstr., große Zimmer in ländl., kinderlos. Schulhaushalt an alleinst. Frau gratis gegen leichte Hausarbeit sofort abzugeben. Off. u. **L. K.** an die Exp. d. Ztg.

Möbl. Zimmer,

ohne Pension, bald oder später gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Unmöbl. Zimmer

von alleinstehender Dame zu mieten gesucht Off. u. **G. 100** a. d. Exp. d. Bl

---

Eine

kleine Wohnung

für sofort gesucht. Zuschrift. an **Namslauer Glasreinigungs-Institut**

Kirchstr. 17, bei Gruhn.